



Kooperationspartner

7 POLITIK - WIRTSCHAFT:

Die Gemeinwohl-Ökonomie -
eine Alternative zum
Neoliberalismus (Pressenza)

SCHACH - SPHINX

Atomisierung einer Variante

(SB) - Es läßt sich in Worten kaum ausdrücken, wieviel Mühen und selbstquälerische Strapazen Schachspieler auf sich nehmen, um eine bestimmte Variante zu widerlegen oder ihr zu ihrem Recht auf Anerkennung zu verhelfen. Dieser Ehrgeiz läßt sich mit Vernunft nicht erklären ... (Seite 17)

VERANSTALTUNG



... siehe Seite 14

Dublin - Statement mit Folgen ...

Raymond Deane im Gespräch

*Interview mit dem Komponisten Raymond Deane
am 13. Juli 2018 in Dublin*



*Frances Black und
eine kleine Mitstreiterin
Foto: © 2018 by Schattenblick*

(SB) 9. August 2018 - Mit dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus Anfang 2017 ist die ohnehin katastrophale Lage für die Palästinenser noch schwieriger geworden. Trump gilt als enger ideologischer Gefährte des rechtskonservativen israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu. In deren Auftrag bastelt Trumps Schwiegersohn, der bekannte Zionist Jared Kushner,

an einem Friedensplan für den Nahen Osten, der Israel sämtliche Wünsche erfüllt und die Chancen für einen palästinensischen Staat, der diesen Namen verdient, zunichte macht. Darum hat Trump vor kurzem die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen sowie die amerikanischen Subventionen für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinäflüchtlinge im Nahen Osten zusammenstreichen lassen. Mit der letztgenannten Maßnahme wollen Trump und Kushner das "Problem" der palästinensischen

Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und Syrien für immer erledigen, indem man deren Recht auf Rückkehr in die alte Heimat begräbt.

Gegen die Pläne Washingtons und Tel Avivs laufen die Palästinenser Sturm. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) unter der Leitung von Präsident Mahmud Abbas hat die Beziehungen zu den USA wegen der Botschaftsverlegung auf Eis gelegt und Washington wegen der offenen Parteilichkeit für Israel jede Vermittlerrolle im Nahostkonflikt aberkannt. Seit Wochen protestieren jeden Freitag die Menschen im Gazastreifen gegen ihre jahrelange Belagerung durch die israelischen Streitkräfte. Dort werden sie am Grenzzaum von israelischen Scharfschützen unter dem Einsatz von Splitterkugeln erschossen oder zu Krüppeln gemacht.

Der grausame Umgang der Israelis mit den Palästinensern nicht nur in Gaza sondern auch in Westjordanland, wo sie Attacken von der Polizei und Armee, aber auch schwerbewaffneten, radikalen jüdischen Siedlern ausgesetzt sind, ist Wasser auf die Mühle der transnationalen Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Mittels BDS soll Israel zum Abzug aus den besetzten Gebieten gezwungen und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge durchgesetzt werden. Im Gegenzug versuchen die Israelis, die Verfechter der BDS-Kampagne als Antisemiten zu diffamieren. In einigen Ländern wie den USA und Großbritannien fällt die Bezeichnung auf fruchtbaren Boden. Dort weht den Unterstützern der Palästinenser

ein rauher Wind seitens der Medien und Behörden ins Gesicht.

In Irland hingegen haben Israels Propagandisten bislang nicht die Meinungshoheit zum Thema Nahostkonflikt erringen können. Dort hat die populäre Volksmusiksängerin und parteiunabhängige Senatorin Frances Black am 11. Juli einen eigenen Gesetzesentwurf durch das Oberhaus des Parlaments in Dublin gebracht, der jeglichen Handel mit den illegalen jüdischen Siedlungen im Westjordanland verbieten soll. Nach der Sommerpause soll der Gesetzesentwurf vom Dáil, dem Unterhaus, ebenfalls verabschiedet und danach vom irischen Präsidenten Michael D. Higgins unterzeichnet werden, wofür derzeit die Chancen gut stehen. Über diesen kleinen Etappensieg der BDS-Kampagne sowie die Lage im Nahen Osten im allgemeinen sprach am 13. Juli der Schattenblick mit Raymond Deane. Der renommierte Komponist, der 2001 die Ireland-Palestine Solidarity Campaign (IPSC) mitbegründet hat, gilt als führender Vertreter der irischen Antikriegsbewegung.

Schattenblick: Mit der Verabschiedung von Frances Blacks Gesetzesentwurf vor zwei Tagen ist die Republik Irland auf dem besten Weg, der erste westliche Staat zu werden, der den Handel mit den illegalen jüdischen Siedlungen in dem von Israel besetzten Westjordanland verbietet. Worauf führen Sie diese Entwicklung sowie die große Unterstützung, welche die Sache der Palästinenser in der breiten Öffentlichkeit Irlands erfährt, zurück?

Raymond Deane: Ohne Klischees bedienen zu wollen, denke ich, daß die Antwort auf Ihre Frage in

Irlands eigener Geschichte zu finden ist. Ähnlich wie Palästina wurde Irland von Großbritannien zunächst kolonisiert und später geteilt. Die Gründung des Staates Israel 1948 ist auf die berühmte Balfour-Deklaration von 1917, jenen Brief des britischen Außenministers Arthur Balfour an den Zionistenführer Baron Rothschild, in dem sich London zum Ziel der Schaffung eines jüdischen Staates im damals noch zum Osmanischen Reich gehörenden Palästina bekannte, zurückzuführen. Als Chief Secretary for Irland in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich derselbe Mann durch seine brutale Unterdrückung der zahlreichen Proteste der Kleinbauern gegen die Großgrundbesitzer den Schimpfnamen "Bloody Balfour" zugezogen. Als ehemalige Kolonie, die sich mühsam befreien konnte, steht man in Irland traditionell auf der Seite aller Länder und Völker, welche die Fremdherrschaft abzuschütteln versuchen, insbesondere Palästinas.

SB: Wie wichtig ist die Rolle Irlands bei der BDS-Kampagne?

RD: Tatsache ist, daß die Ireland-Palestine Solidarity Campaign eine der ersten Organisationen weltweit war, die sich voll und ganz dem BDS-Aufruf 2005 angeschlossen hat. Mehrere Städte in Irland haben seitdem die BDS-Kampagne auf ihre Fahne geschrieben. Dublin war die erste Hauptstadt weltweit, die das getan hat. Insofern geht Irland, auch wenn es nur ein kleines Land und keine Großmacht ist, international mit gutem Beispiel voran.

SB: Bedenkt man die Reaktion Avigdor Liebermans, gleich mit

der Schließung der israelischen Botschaft in Dublin zu drohen, scheint man in Tel Aviv der Verabschiedung von Frances Black's Gesetzesentwurf im irischen Senat große Bedeutung beizumessen. Wie läßt sich die lautstarke Kritik Israels erklären, denn schließlich dürften die Auswirkungen des Gesetzes, sollte er das irische Unterhaus passieren und vom Präsidenten unterzeichnet werden, nur symbolischen Charakter haben, da Irland in Sachen Handel nicht allein agieren kann, sondern an die Vorgaben der EU gebunden ist?

anland nach internationalem Recht illegal. Unter Völkerrechtsexperten ist das unbestritten. Von daher ist mir nicht klar, warum EU-Recht die Republik Irland daran hindern soll, ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen.

Wie Noam Chomsky wiederholt hervorgehoben hat, verwenden Israel und seine Unterstützer sehr viel Energie darauf, in den westlichen Staaten die Parameter des Diskurses über die Nahost-Problematik zu bestimmen. Die Is-

SB: Die Kampagne gegen BDS seitens Israels und dessen Unterstützern nimmt immer drastischere Formen an. In einzelnen Bundesstaaten der USA steht die öffentliche Werbung für BDS als vorgebliches Haßverbrechen inzwischen unter Strafe. Beim Kongreß in Washington liegt ein Gesetzesentwurf vor, der Werbung für die BDS-Kampagne als Antisemitismus brandmarkt. Sind Sie oder andere Mitglieder der IPSC mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert worden? Haben Sie und Ihre Mitstreiter Erfahrungen mit israelischen Propagandisten im Netz und den sozialen Medien gemacht? Zum Beispiel hat es in den letzten Monaten mehrere Fälle gegeben, in denen die Israelis und ihre Freunde Online-Umfragen irischer Medien manipuliert haben. Ende letzten Jahres fand eine Umfrage auf der Webseite der Irish Times statt, ob die palästinensische Fahne aus Solidaritätsgründen über dem Dubliner Stadtratsgebäude gehißt werden sollte, und im vergangenen Mai fragte die Onlinezeitung thejournal.ie ihre Leser, ob Irland den Eurovision Song Contest im kommenden Jahr in Israel boykottieren sollte. In beiden Fällen lag zunächst die Zustimmungquote bei mehr als 60 Prozent bis es zu einem ungewöhnlich hohen Besucherverkehr aus dem Ausland, hauptsächlich aus den USA, kam, der für eine Pattsituation zwischen Ja- und Nein-Stimmen sorgte.

RD: Der Widerstand in der EU gegen die BDS-Kampagne ist sehr stark. In Deutschland, Frankreich und Großbritannien gibt es bereits verschiedene Initiativen, das öffentliche Eintreten für BDS zu diffamieren, indem man es auf die gleiche Stufe wie die Äuße-



Irland erklärt sich mit Palästina solidarisch

Foto: © 2018 by Schattenblick

RD: Ob das tatsächlich der Fall ist, darüber gibt es in Irland bereits eine rege Diskussion. Ich bin kein Fachmann für EU-Handelsrecht, aber es scheint mir, als hätte Irland in diesem Zusammenhang doch einen gewissen Handlungsspielraum, denn schließlich sind die jüdischen Siedlungen im Westjor-

raelis können es daher nicht dulden, daß jemand ausschert. Sie werden alles in ihrer Macht stehende unternehmen, den Iren ihre Vorreiterrolle in Sachen BDS madig zu machen. Denn wenn es Irland gelingt, den Handel mit den jüdischen Siedlungen unter Hinweis auf deren Illegalität zu verbieten, könnte das Schule machen. Der Erhalt der Siedlungen und somit das zionistische Großprojekt wäre gefährdet. Das kann Israel nicht zulassen.

rung oder Verbreitung antisemitischer Ansichten stellt. Ungeachtet der historischen Tatsache, daß in Irland der Begriff Boykott geprägt wurde - von armen Pächtern an der Westküste um 1880 im Kampf gegen den von ihnen als grausam empfundenen Captain Charles Boycott, den Gutsverwalter des Grafen von Erne -, hat sich die Regierung in Dublin gegen BDS als Mittel, Israel zu einem gerechteren Umgang mit den Palästinensern zu bewegen, ausgesprochen. Doch gleichzeitig hat die irische Regierung stets das Recht der eigenen Bürger, sich für BDS stark zu machen und zu engagieren, verteidigt - auch gegen Kritik aus Israel. So gesehen hat man es in Irland als Unterstützer der Palästinenser leichter als in vielen anderen europäischen Staaten. Hier muß man sich nicht ständig mit öffentlichen Angriffen seitens irgendwelcher Zionisten herumplagen, wie es anderswo in der EU der Fall ist.

Anhand der Verabschiedung von Frances Black's Gesetzesentwurf kann man erkennen, daß die Solidarität mit den Palästinensern und eine kritische Haltung gegenüber Israel im irischen Parlament parteiübergreifend sind. Wäre ich ein Zyniker, könnte ich auf die Idee kommen, daß die Möglichkeit, daß das geplante Gesetz aufgrund von EU-Recht keine praktische Anwendung finden wird, einige Senatoren dazu bewogen hat, bei der Abstimmung für den Entwurf zu votieren. Sie können sozusagen Sympathie für die Lage der Palästinenser zeigen, ohne gleich befürchten zu müssen, Ärger mit bestimmten Kreisen in den USA zu bekommen. Was die Aktivität der Hasbaraisten in den sozialen Medien betrifft, so ist die geziel-

te Manipulation von Umfragen zugunsten Israels kein Geheimnis. Die Aktionen sind so plump, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Urheber lenken und von daher eher kontraproduktiv sind. Wir von der IPSC sind Anfeindungen im Netz und den sozialen Medien gewohnt. Sie haben keine besondere Wirkung. Wir ignorieren sie einfach.

SB: Dem überraschenden Wahlsieg des Populisten Donald Trump in den USA und dem Vormarsch nationalchauvinistischer Kräfte in der EU ist bereits vor Jahren ein deutlicher Rechtsruck in der israelischen Politik unter Akteuren wie Ariel Sharon, Benjamin Netanjahu, Avigdor Lieberman und Naftali Bennett vorausgegangen. Muß man nicht vor diesem Hintergrund den Kampf um die Rechte der Palästinenser als wesentlichen Bestandteil des Strebens nach Multilateralismus, der Einhaltung internationaler Gesetze und Verträge einschließlich der UN-Charta und gegen Rassismus und Demagogie weltweit ansehen?



Raymond Deane
Foto: © 2018 by Schattenblick

RD: Besser hätte ich es nicht formulieren können. (lacht)

SB: Entschuldigung, wenn die These etwas weit gefaßt ist. Aber ich denke, Sie verstehen, worauf sie hinausläuft?

RD: Ich glaube schon. Die Israelis und ihre Verbündeten werfen ständig die Frage auf, warum so viele Menschen Kritik an Israel üben und sich überhaupt für das Thema Palästina interessieren, wenn so viele andere grausame und zum Teil vielleicht auch schlimmere Dinge auf der Welt passieren. Nun, der eine Grund ist, wie Sie selbst angedeutet haben, daß der Nahostkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern für so viele andere Politikbereiche von Bedeutung ist. Das beste Beispiel sind die gemeinsamen hegemonialen Bestrebungen der USA und Israels im Nahen Osten. Der zweite Grund für das starke Interesse vieler Europäer am Schicksal der Palästinenser ist der Umstand, daß die Regierungen der EU-Staaten durch ihre diplomatische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung Israels an der traurigen Lage im Nahen Osten direkt eine Mitschuld tragen. Sie unterstützen nicht nur Israel, sondern schauen dessen Verbrechen tatenlos zu.

Statt die rechtlichen Möglichkeiten aufzugreifen, welche zum Beispiel das Euro-Mediterranean Association Agreement (EMAA) mit Israel und das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag von 2004 zur Illegalität der israelischen Trennmauer im Westjordanland bieten, unterstützen sie die Israelis auf ganze Linie und lassen ihnen alles durchgehen. Darüber

hinaus legen sie den eigenen Bürgern, welche die Einhaltung der Rechte der Palästinenser einfordern, Hindernisse in den Weg und behandeln sie wie halbe Kriminelle. Dadurch wird überall aus einem außenpolitischen Sachthema ein innenpolitischer Zankapfel. Viele Bürger der EU fühlen sich in bezug auf den Nahost-Konflikt von ihren Regierungen nicht vertreten, sondern im Gegenteil ignoriert.

An der Stelle stellt sich die Frage nach Sinn und Zweck der Demokratie. Wozu wählen, sich engagieren et cetera, wenn am Ende die Regierung einfach das tut, was sie ohnehin will? Letzten Endes ist die BDS-Kampagne auf die Untätigkeit der westlichen Regierungen gegenüber Israel zurückzuführen. Der Drang zivilgesellschaftlicher Gruppen, Israel zu boykottieren, wäre nicht entstanden, hätten die Regierungen der EU-Staaten ihre Aufgaben erledigt und Israel zum Beispiel mittels ökonomischen Drucks zu einem gemäßigeren Kurs gegenüber den Palästinensern gezwungen oder ihre rechtlichen Möglichkeiten, israelische Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht zu ahnden, in Gebrauch genommen. So wie die Dinge bisher laufen, haben die Israelis das Gefühl, daß sie sich alles erlauben können, daß sie niemals zur Rechenschaft gezogen werden bzw. daß es für sie niemals rechtliche Konsequenzen gibt. Insofern stimmt Ihre Eingangsthese, daß der Nahost-Konflikt im Mittelpunkt des Kampfes um die Aufrechterhaltung und die Durchsetzung gültiger internationaler Rechtsnormen steht, an die sich alle Staaten zu halten haben.

SB: Inwiefern, wenn überhaupt, stellen Staaten wie der Iran für Israel eine echte Gefahr dar oder dient die Dauerthese von der "existentiellen Bedrohung" des jüdischen Staats durch Nachbarländer nicht ausschließlich dazu, vom fortgesetzten Raub palästinensischen Territoriums durch die jüdischen Siedler und die israelischen Behörden abzulenken?

RD: Um außenpolitisch aggressiv agieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Innern garantieren zu können, braucht fast jeder Staat ein Feindbild. Da ist Israel nicht anders als die meisten anderen Staaten. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Wegfall der Sowjetunion als Gegner ab 1991 entdeckten die USA und Israel im "islamischen Terrorismus" die neue große Bedrohung. Seitdem hört man in Medien und Politik das Wort "islamisch" fast nicht mehr, ohne daß im gleichen Atemzug von "Terrorismus" die Rede wäre. Jahrelang galten ominöse Freischärlergruppen wie Al Kaida oder der Islamische Staat als Hauptvertreter des "islamischen Terrorismus". Seit diese beiden Organisationen scheinbar an Kampfkraft verlieren, bauschen Washington und Tel Aviv jetzt den schiitischen Iran zur Urquelle nicht nur des islamischen, sondern des internationalen Terrorismus schlechthin auf. Es wird behauptet, die Iraner hätten mehrmals damit gedroht, Israel "von der Landkarte zu tilgen" - eine These, die nachweislich nicht der Wahrheit entspricht.

Die Islamische Republik Iran wird seit 1979 von einem Regime geführt, das ich persön-

lich vollkommen abstoßend finde. Dessen ungeachtet verblissen die Missetaten der Führung in Teheran im Vergleich zu denjenigen Tel Avivs. Im Iran gibt es massive Polizeirepression gegen Oppositionelle, die Todesstrafe für Schwerverbrecher und vieles mehr, was ich nicht gutheißen kann. Doch die Verhältnisse im Iran, so repressiv sie auch für Frauen sein mögen, lassen sich nicht mit dem Umgang Israels mit den Palästinensern auf eine Stufe stellen. Israel hält die palästinensischen Gebiete besetzt, baut die illegalen Siedlungen im Westjordanland kontinuierlich aus, steckt Palästinenser, darunter Kinder, ohne Anklage ins Gefängnis und foltert sie dort. Regelmäßig verüben die israelischen Streitkräfte Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza. Der Iran bedroht Israel nicht wirklich, sondern bedient sich bei seiner Kritik am jüdischen Staat häufig einer drastischen Rhetorik. Die Iraner sind nicht so dumm, daß sie gezielt einen militärischen Konflikt mit Israel, das schließlich eine Nuklearmacht mit einem beträchtlichen Atombombenarsenal ist, provozierten. Doch Israel behauptet unentwegt, der Iran sei eine "existentielle Bedrohung" und der eigentliche Unruhestifter in der Region, um davon abzulenken, was den Palästinensern angetan wird. Die Rolle des großen Feinds hat Israel dem Iran zugewiesen, nachdem 2003 die Streitkräfte der USA und Großbritanniens unter fadenscheinigen Gründen in den Irak einmarschiert sind und das "Regime" Saddam Husseins gestürzt haben.



*Israels Freunde machen mobil
Foto: © 2018 by Schattenblick*

SB: Was halten Sie von dem größten "peace deal" aller Zeiten, den US-Präsident Donald Trumps Schwiegersohn und Sonderberater Jared Kushner den Palästinensern aufzuzwingen versucht? Wird es den USA mit Hilfe Israels, Saudi-Arabiens und Ägyptens gelingen, den aktuellen Zwist zwischen der Fatah und der Hamas zu nutzen, um Westjordanland und Gazastreifen für immer voneinander zu trennen?

RD: Ich würde am liebsten mit Nein antworten, denn der Deal der Trump-Regierung, wie er sich aktuell abzeichnet, ist für die Palästinenser derart nachteilig, daß kein palästinensischer Politiker es wagen dürfte, ihn anzunehmen. Doch bei den Apparatschiks der Fatah in der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in Ramallah im Westjordanland weiß man es nie. Sie plustern sich immer wieder auf und empören sich über dies und jenes, nur um am Ende doch klein beizugeben. Bestimmt gibt es auch bei der Hamas in Gaza Op-

portunisten, die bereit wären, den Weg des vermeintlich kleineren Übels einzuschlagen. Doch aktuell ist die Zeit dafür nicht reif. Das Opfer, welches die Bewohner des Gazastreifens seit Ende März jeden Freitag beim Rückkehrmarsch am Grenzzaun zu Israel bringen, ist zu groß, das Leid - mehr als hundert Tote und Tausende von Verletzten und Verkrüppelten - zu unermeßlich. Die palästinensische Bevölkerung würde es nicht hinnehmen, wenn Fatah oder Hamas sie an Trumps Laufburschen Kushner ausverkaufen.

Die Vorstellung Kushners, der wie sein Schwiegervater aus der New Yorker Immobilienbranche kommt und über

keine diplomatische Erfahrung verfügt, daß man den Nahostkonflikt einfach mit Geld aus der Welt schaffen könnte, ist absurd. Shimon Peres hatte dieselbe Idee beim Abschluß der Osloer Verträge Anfang der neunziger Jahre - und es hat auch nicht funktioniert. Man kann keinen "ökonomischen Frieden" stiften, solange weiterhin politische Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt herrschen.

SB: Wie schätzen Sie die Rolle ein, die Kairo und Riad in den Plänen Trumps, Kushners und Netanjahus spielen? Wie lange können die USA und Israel die Diktaturen in Ägypten und Saudi-Arabien noch stützen? Schließlich scheint der große Rückkehrmarsch der Palästinenser am

*Das Irish Film Institute in
Dublins Eustace Street
Foto: © 2018 by Schattenblick*



Grenzzaun von Gaza nur ein weiterer Ausdruck jener allgemeinen Unzufriedenheit in der arabischen Welt zu sein, die 2011 an die Oberfläche drang, ohne daß die Gründe ihrer Entstehung unter den einfachen Menschen bis heute beseitigt worden wären.

RD: Es ist unbestreitbar, daß die Gründe, die vor sieben Jahren zum Ausbruch des Arabischen Frühlings führten, etwa politische Unterdrückung und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, nach wie vor in der gesamten Region vorhanden sind. Die Lage der Palästinenser mit der israelischen Fremdherrschaft ist jedoch eine gänzlich andere als die der Menschen in den arabischen Staaten. Was Ägypten und Saudi-Arabien betrifft, so ist deren äußerlich zur Schau getragene Unterstützung der Palästinenser keinen Pfifferling wert. Die Generalität in Kairo und die Monarchie in Riad werden den Palästinensern den Rücken kehren, sobald es für sie opportun ist. Kushner ist gerade dabei, mit beiden Eliten über den Preis des Verrats zu verhandeln. Insofern wäre ich überhaupt nicht optimistisch, was die Chancen eines erfolgreichen Volksaufstands gegen die Regime in Ägypten und Saudi-Arabien betrifft. Dafür ist die militärische Rückendeckung, welche die Generäle Ägyptens und das Haus Saud genießen, viel zu stark.

SB: Wir bedanken uns sehr, Raymond Deane, für das Interview.

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/report/euri0053.html>

POLITIK / WIRTSCHAFT / MEINUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Die Gemeinwohl-Ökonomie - eine Alternative zum Neoliberalismus

von Günter Grzega, Makroskop [1], 6. August 2018

Gibt es schon eine Alternative zum Neoliberalismus? Können wir einfach zurückkehren zum Modell der "Sozialen Marktwirtschaft"? Das ist zu kurz gesprungen. Wir brauchen ein neues System, das weder zügelloser Kapitalismus noch gleichmacherischer Kommunismus ist.

Bevor man über Alternativen zu einem etablierten System spricht, sollte man sich die aktuellen Wirkungen ins Bewusstsein rufen. Tatsache ist, dass der Neoliberalismus sich keineswegs auf ein Wirtschaftsmodell beschränkt, sondern eine gesamtgesellschaftliche Ideologie verkörpert. Mit Fug und Recht darf man jedoch das in Grundsätzen auch sozialdarwinistische ökonomische Modell der Neoklassik als Fundament des Neoliberalismus bezeichnen. Aber ihn deshalb auf die kapitalistische Marktwirtschaft zu begrenzen, wäre zu kurz gesprungen, denn es ist ein Weg in einen gnadenlosen Neo-Feudalismus.

Die US-Politologin Wendy Brown beschreibt in ihrem Buch "Die schleichende Revolution - Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört" treffend, dass der Neoliberalismus eine Ideologie der Neuordnung des gesamten Denkens ist, die inzwischen alle Bereiche des Lebens sowie den

Menschen selbst einem ökonomischen Bild entsprechend verändert - mit fatalen Folgen für die Demokratie. Alle Sphären der Existenz werden einer finanziellen Verwertung unterworfen und dieser entsprechend vermessen. Also die Politik, das Recht, die Kultur, die Bildung, die Familie, die Gesundheit, die Geschlechterrollen.

Darüber hinaus werden weltweit und auch in Deutschland massive Versuche unternommen, die in Jahrzehnte langen Arbeitskämpfen im letzten Jahrhundert mühsam errungenen und grundsätzlich immer noch relativ schwach ausgeprägten demokratischen Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten wieder rückgängig zu machen und Gewerkschaften massiv zu schwächen. Inzwischen gibt es speziell ausgerichtete Anwaltskanzleien, die letztlich die Arbeit von Betriebsräten mit nicht zu rechtfertigenden Methoden umfassend behindern. Der Weg zurück in einen feudalen "Gutsherren-Kapitalismus" wird durch den Neoliberalismus immer mehr freigemacht.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind mit dem Niedergang von Ethik und Moral in den Top-Etagen von Politik und Wirtschaft angekommen. Fast gewöhnt man sich an die Meldungen von Be-

trug oder unethischen und gesellschaftsschädigenden Handlungsweisen beim Ausnutzen von sogenannten "Gesetzeslücken". Die Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte im Bereich der Finanzkonzerne, die Lebensmittel-Skandale, den fast global zu nennenden Betrugssoftware-Skandal einiger Automobil-Konzerne, die Steuervermeidungsstrategien globaler Konzerne, die Krebsmittel-Betrügereien im Gesundheitswesen mit auch tödlichen Folgen für die Patienten sind Beispiele eines fast umfassenden unethischen Ökonomieverständnisses der Gewinnmaximierung um jeden Preis.

Vielleicht war die Feststellung von Gabor Steingart im "Handelsblatt" vom 30.01.2018, dass wir eine "Elitenverwahrlosung" beobachten müssen, eine moralisch unzulässige Verallgemeinerung. Aber von einem "Eliteversagen" von einer beachtlichen Zahl von Führungspersönlichkeiten in Politik und Wirtschaft zu sprechen, ist absolut gerechtfertigt. Gerade in diesem Kreis ist zu beobachten, dass der homo politicus, der sich für das Gemeinwesen engagiert, durch den homo oeconomicus ersetzt wurde.

Kooperation statt Konkurrenz

Aber gibt es schon eine Alternative? Können wir einfach zurückkehren zum Modell der "Sozialen Marktwirtschaft"? Das wäre zu kurz gesprungen. Denn auch die Soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Modell der Neoklassik, einstmals verbunden mit starken sozialen Netzen für abhängig Beschäftigte. Die soziale Komponente war aber nicht das

Hauptmotiv dieses Modells, sondern diente in der Wiederaufbau-Phase der Nachkriegszeit vor allem der Verhinderung einer Anziehungskraft des kommunistischen Systems auf die Arbeitnehmer. Das Modell der perfekten Konkurrenz der Marktteilnehmer und damit das Ziel der Gewinnmaximierung für die starken Akteure, und zwar beispielsweise ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt, bliebe also auch bei einer Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit bestehen. Dies ist kein zukunftsicherer Ansatz.

Deshalb brauchen wir ein neues System, das weder zügelloser Kapitalismus noch gleichmacherischer Kommunismus ist. Wir brauchen ein System der Kooperation statt der Konkurrenz, das marktwirtschaftliches Handeln kompromisslos mit drei Fragen verbindet, die in unserer neoliberalen Gesellschaft fast nostalgisch klingen, aber trotzdem für die Zukunft der Menschheit unumgänglich sind:

Dient es den Menschen?

Dient es der Umwelt?

Dient es dem Frieden?

Dieses Modell gibt es seit einigen Jahren, nämlich das Modell der "Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)", dessen Haupt-Initiator der Wissenschaftler Christian Felber ist. 2010 haben Felber sowie 15 Unternehmerinnen und Unternehmer das Modell öffentlich gemacht, und zwar als Graswurzelbewegung von unten - eine Bewegung mit Praxisbezug, die nicht auf Vorgaben der Eliten

in Wissenschaft und Politik wartet, sondern in der Praxis neue Wege ökonomischen Handelns aufzeigt.

Dabei schlägt die Gemeinwohl-Ökonomie nichts Anderes vor, als die Umsetzung der Hauptzielsetzung aller Verfassungen weltweit, nämlich den Auftrag an die Ökonomie, das Gemeinwohl, also das Wohl und die allmähliche Verbesserung der Lebenshaltung aller Volksschichten zu fördern. Die Grundsätze der GWÖ lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Soziale Sicherungssysteme schützen vor Absturz und Ausgrenzung.
- Öffentliche Güter ergänzen die privaten.
- Die Startchancen sind durch ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die Beschränkung des Erbrechts gleichmäßig verteilt.
- Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist begrenzt. Privateigentum, Gemeinschaftseigentum, Gesellschaftseigentum und Naturnutzungsrechte koexistieren maßvoll.
- Unternehmen werden ab einer bestimmten Größe am weiteren Wachstum gehindert.
- Handelsräume werden durch gemeinsame Arbeits-, Sozial-, Steuer-, Umwelt-, Transparenz- und Antikorruptionsstandards geschützt (Fairhandel statt Freihandel).

Der individuelle Nachweis der Beachtung dieser Grundsätze wird durch eine auditierte Gemeinwohl-Bilanz (GWB) erbracht. In dieser GWB werden, auf Basis der Gemeinwohl-Matrix, die Werte

- Menschenwürde,
- Solidarität und Gerechtigkeit,
- Ökologische Nachhaltigkeit,
- Transparenz und Mitentscheidung,

mit den Berührungs-Gruppen der bilanzierenden Unternehmen und Gemeinden, also

- Lieferanten,
- Eigentümer und Finanzpartner,
- Mitarbeitende,
- Kundinnen und Kunden sowie Mitunternehmen,
- Gesellschaftliches Umfeld,

verknüpft und nach demokratisch erarbeiteten Kriterien bewertet. Dabei ist diese Bilanzierung kein starres, sondern ein "atmendes" System, entwickelt sich also mit den Erkenntnissen aus der Praxis Jahr für Jahr weiter. Ziel ist vor allem, dass das derzeit neoliberale System der Belohnung für unethisches Handeln, z.B. höhere Gewinne durch auf Kosten der Gemeinschaft verursachte Umweltschäden oder Ausbeutung abhängig Beschäftigter und damit zwangsläufig wirtschaftliche Bestrafung ethisch handelnder Akteure der Wirtschaft, umgekehrt wird. Bilanzierende mit einer positiven GWB sollen letztlich auch wirtschaftlich belohnt werden, etwa durch Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen oder niedrigere Steuersätze.

Diese Grundsätze der GWÖ eignen sich geradezu beispielhaft auch zur Bewältigung des wahrscheinlichen Bedeutungsverlusts menschlicher Arbeit durch die immer schnellere und umfangreichere Digitalisierung der Arbeitswelt, der sogenannten Industrie 4.0.

Selbstverständlich werden nicht wenige Ökonomen bei den vor-

hersehbaren massiven Arbeitsplatzverlusten durch die Digitalisierung darauf vertrauen, dass diese entsprechend dem Say'schen Theorem durch die steigende Nachfrage an nunmehr kostengünstigeren Waren durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden. Aber selbst wenn sich diese, auf Grund der extrem schnellen Entwicklung der "Industrie 4.0", doch gewagte Hoffnung erfüllen würde, ist der Ansatz der GWÖ eine unverzichtbare Notwendigkeit zur evolutionären Entwicklung einer humanen, fairen und in einem sozialen Frieden lebenden Gesellschaft.

Obwohl die GWÖ erst vor sieben Jahren offensiv als Modell für eine zukunftsfähige Wirtschaft vorgestellt und von 15 Unternehmen praktiziert wurde, hat sie eine beeindruckend positive Resonanz erfahren - wengleich der Teil "Rechtliche Anreize für Unternehmen mit GWB" noch keineswegs politisch umgesetzt ist. Die Zahl von unterstützenden Unternehmen ist z.B. von 15 auf über 2300 angestiegen, wovon rund 500 Unternehmen, einige Gemeinden, Hochschulen und andere Organisationen bereits eine GWB erstellen. Das Modell hat nicht nur in ganz Europa, sondern inzwischen auch in sogenannten "Energiefeldern" international Fuß gefasst - von Schweden bis Chile, von den USA bis Ghana.

Auf politischer Ebene hat die GWÖ mit der GWB Eingang in den Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung in Baden-Württemberg gefunden. Sie ist inzwischen ein wichtiges, positiv besetztes Thema bei der EU-Kom-

mission hinsichtlich der Richtlinien für eine nichtfinanzielle Bilanzierung durch Großunternehmen in der EU. Der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss hat sich mit überwältigender Mehrheit für eine Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie ausgesprochen.

Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass mit der GWÖ endlich ein evolutionäres marktwirtschaftliches und praxistaugliches Modell entwickelt wurde, welches das über Jahrhunderte festgefahrene dogmatische Bild des "unfehlbaren freien Marktes" überwindet und eine sinnhafte, "enkeltaugliche" Neuausrichtung der Ökonomie ermöglicht. In einigen Jahren wird man rückblickend erkennen, dass die GWÖ einen vergleichbaren Paradigmenwechsel für die Gesellschaft darstellt, wie das Zeitalter der Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert zur Überwindung des Absolutismus.

Selbstverständlich wird auch die GWÖ immer wieder in einzelnen Bereichen in Sackgassen oder in Umwege geraten. Die demokratische Verfassung der GWÖ-Bewegung garantiert aber eine von der Mehrheit getragene erfolgreiche Entwicklung. Christian Felber als Haupt-Initiator der GWÖ wird zwar wohl kaum den in den Medien in unpräziser Weise "Nobelpreis für Wirtschaft" genannten "Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaft der Schwedischen Reichsbank" erhalten. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung eines Tages einen echten Nobelpreis erhält, nämlich den Friedensnobelpreis.

Literatur:

Brown, Wendy: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört (Suhrkamp, Berlin 2015)

Felber, Christian: Gemeinwohl-Ökonomie (Piper, München 2018)

Felber, Christian: Ethischer Welt-handel (Deuticke, Wien 2017)

Meinzer, Markus: Steueroase Deutschland (C.H. Beck, München 2015)

Schirmacher, Frank: EGO (Bles-sing, München 2013)

Schröm Oliver - Schenck Niklas: Die Krebs Mafia (Lübke, Köln 2017)

Stiglitz, Joseph: Der Preis der Un-gleichheit (Siedler, München 2012)

Anmerkung:

[1] <https://makroskop.eu/author/-guenter-grzega/>

Über den Autor

Günter Grzega ist gelernter Bankbetriebswirt und Dipl. Ver-waltungsbetriebswirt. Er ist emeritierter Vorstandsvorsit-zender der Sparda-Bank Mün-chen eG, Vorsitzender des Ethik-Beirats der Bank sowie Botschafter der Gemeinwohl-Ökonomie. In seiner Amtszeit hat Grzega die Sparda-Bank München mit zur größten Ge-nossenschaftsbank Bayerns ge-führt. Von 2010 bis 2015 war er Vorstandsvorsitzender des "Se-natsinstituts für gemeinwohlori-entiertere Politik (IGP)".

Der Artikel erschien erstmals am 09.04.2018 auf makroskop.eu.

<https://makro-skop.eu/2018/04/die-gemein-wohl-oekonomie-eine-alternati-ve-zum-neoliberalismus/>

Der Schattenblick bedankt sich bei makroskop und dem Autor für die freundliche Genehmigung zur Publikation.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwmg0072.html>

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

Franziska Schreiber

Inside AfD

Der Bericht einer Aussteigerin

"Ja. Es ist warm. Sehr sogar. Aber dieses hysterische [hashtag]Klimakrisen-Gekreische der Klimanazis ist wirklich unerträglich. Auch wenn wir alle zu Fuß gehen, statt Autos zu bauen nun alle Gendergagaisten werden und nur noch Brokkoli essen: der Sonne ist das egal." [1]

Der Tweet der AfD-Frontfrau Beatrix von Storch vom 31. Juli

2018 kam zu spät, um Aufnahme in dem vorliegenden Buch zu finden. Er ist dennoch einer Zitation würdig, tritt in ihm doch ein spezifisches Feindbild des organisierten Rechtsextremismus hervor. Wer sich angesichts des Klimawandels um den Bestand menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen sorgt, hat aus stichhaltigen Gründen ein Problem mit dem motorisierten Indi-

vidualverkehr und dem Verbrauch von Tierprodukten. Daß sich unter solchen Menschen auch häufiger KritikerInnen tradierter Geschlechterverhältnisse und patriarchaler Machtansprüche finden als unter passionierten AutofahrerInnen und FleischkonsumentInnen, liegt aufgrund der strukturellen Verwandtschaft einer Kritik an der wachstumsorientierten, ressourcenverschwen-

Franziska Schreiber

Inside AfD

Der Bericht einer Aussteigerin

Europa Verlag, München 2018

224 Seiten, 18,00 Euro

ISBN: 978-3-95890-203-9

derischen, imperialen Lebensweise und dem Eintreten für benachteiligte Gruppen der Gesellschaft nahe.

Was die Stellungnahme dieser AfD-Politikerin exemplarisch abbildet, findet in dem Buch "Inside AfD" vielfache Bestätigung. Der Bericht der ehemaligen AfD-Politikerin Franziska Schreiber, die als Vorsitzende der Jungen Alternative in Sachsen und Pressesprecherin der AfD-Jugendorganisation auf Bundesebene gute Kontakte zu diversen Führungspersönlichkeiten der Partei unterhielt, über das Innenleben der AfD teilt politisch Interessierten, die sich mit der noch jungen Rechtspartei auseinandergesetzt haben, nichts grundsätzlich Neues zu deren politischen Positionen mit. Die schiere Fülle des präsentierten Materials, zumal wenn es im eigenen Erleben der Autorin verankert ist, die en passant nacherzählte Geschichte der AfD seit dem Austritt ihres Gründers Bernd Lucke, die faktisch gut belegte Diagnose Schreibers zu den von der Rechtspartei ausgehenden Gefahren für Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik und die bei alledem erfolgende Auseinandersetzung der LeserInnen mit den Ideologemen und Unterstellungen der parlamentarischen Rechten machen die Lektüre des Buches dennoch zu einer erkenntnisträchtigen Angelegenheit.

Frauke Petry, zu der die Autorin gute Kontakte hatte, verließ die Partei kurz nach der Bundestagswahl 2017, nicht ohne zuvor ein Direktmandat erlangt zu haben, das sie weiterhin wahrnimmt. Franziska Schreiber vollzog diesen Schritt schon zehn Tage vor der Bundestagswahl, um, wie sie

sagt, maximale Breitenwirkung für die von ihr geäußerte Kritik am rechtsradikalen Kurs der AfD zu erzielen. Diesen Entschluß hatte sie schon auf dem Bundesparteitag der AfD in Köln im April 2017 gefaßt. Nach der Niederlage Petrys, die für Schreiber den liberalen Flügel der AfD verkörperte, obwohl diese zwei Jahre zuvor den Parteigründer Bernd Lucke als Exponentin der rechten Kräfte in der AfD entmachtet hatte, habe sie nur noch verhindern wollen, daß der völkische Flügel die Partei vollends unter seine Kontrolle bringt.

Das Buch ist mithin auch Menschen zu empfehlen, die sich in der Distanzierung Schreibers von der AfD nicht wiederfinden, weil der von ihr nun vertretene neoliberale Leistungsprimat nicht so weit entfernt ist von den sozialchauvinistischen Forderungen der Partei, wie es erscheinen mag, wenn man FDP und AfD auf die extremismustheoretische Waagschale legte. "Inside AfD" ist die Geschichte der Laufbahn einer jungen Politikerin, der aufgrund haßerfüllter, verächtlicher und frauenfeindlicher Äußerungen im Umfeld der ParteigenossInnen dämmert, daß sie in einer ideologischen Falle sitzt, deren selbstgeschaffene Feindbilder stets aufs Neue dafür sorgen, eventuelle Zweifel zugunsten der Überzeugungskraft des damit geschaffenen Weltbildes zu ignorieren. Den Rassismus und Nationalchauvinismus der Partei ablehnende Reaktionen waren hochwillkommen, wie Schreiber erklärt, "bestätigten sie uns doch in unserer Überzeugung, die Medien, die Altparteien und die 'linksrot-grün-versifften 68er' (Jörg Meuthen) wären ein Haufen wei-

nerlicher, überempfindlicher Schnösel, die mit der Wahrheit nicht zurechtkämen" (S. 90).

Die ideologischen Gewißheiten, die der AfD soliden und wachsenden Zuspruch in der Bevölkerung bescheren, sind allerdings weit davon entfernt, Ausdruck einer Situation permanenter Benachteiligung und Unterdrückung durch "Altparteien" und "Lügenpresse", durch "Gender-Ideologie" und das "Establishment" zu sein. Die Unterstellung einer ungeborenen, seit den 1960er Jahren währenden linken Hegemonie wird durch die mit zahlreichen Zugeständnissen an die Rechte erkaufte Hegemonie der Regierungsparteien ebenso widerlegt wie die Angriffe auf eine "politische Korrektheit", die als Begründung dafür fungiert, andere Menschen aus vollen Stücken diffamieren und erniedrigen zu können. Das trotzige Aussprechen rassistischer und rechtsradikaler Verunglimpfungen feiert spätestens seit Thilo Sarrazins biologistischer These von der Abschaffung der Deutschen nach dem Motto "Man wird ja wohl noch sagen dürfen" demagogische Triumphe und hat eine eigenständige Antinorm etabliert, wie auch Franziska Schreiber feststellt:

Die AfD hat innerhalb kürzester Zeit eine eigene Form politischer Korrektheit entwickelt. Sie beinhaltet spezifische ungeschriebene Regeln, wie zu denken, zu sprechen und zu agieren sei. Beispiel Sprache: Nicht von der Redefreiheit gedeckt waren und sind das Gendern und der Gebrauch von Worten wie "Bürger mit Migrationshintergrund" oder "Schnitzel mit Paprikasoße". Die AfD kultiviert

vierte Denk- und Sprechverbote unter umgekehrten Vorzeichen. Sie hatte durchaus vor, eine Mauer zu bauen, eine Sprachmauer. Sie stand rasch. Zensur findet statt.

(S. 56)

Antifeminismus [2] als direkt gegen die Emanzipation von Frauen wie die Infragestellung des binären Geschlechtermodells gerichtete Strategie gehört zu den festen Säulen im politischen Programm einer Partei, deren führender Rechtsausleger Björn Höcke beklagt, Deutschland habe "seine Männlichkeit verloren" (S. 80). Mit einem Frauenanteil von etwa 20 Prozent, der Verankerung im männerbündischen Umfeld studentischer Burschenschaften und einem Verständnis von Frauenrechten, das seinen Fokus in der Unterstellung findet, die zentrale Gefahr für Frauen gehe von muslimischen Männern aus, die Vergewaltiger aus Veranlagung seien, resultieren alle Fragen der Gleichberechtigung und Emanzipation in der Bestätigung patriarchaler Dominanz. Diese zu sichern gegen die "Gender-Lobby" und "Gender-Ideologie", die die "naturegegebenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern" marginalisiere und "geschlechtliche Identität infrage" stelle (S. 103), so das Parteiprogramm, gehört zu den Standards in den Reden von AfD-PolitikerInnen. Daß die meisten Vergewaltigungen nach wie vor in Ehe und Partnerschaft stattfinden, kann die Männer in der AfD nicht in der Überzeugung beirren, daß die Frau an den kleinfamiliären Herd gehört, wo sie dem Mann ausgeliefert ist.

Maskulin brachial wird in den rhetorischen Ausfällen führender

AfD-Politiker auch gegen andere Feindbilder blank gezogen. Wenn sie einmal an die Macht gelangt sind, dann werde "aufgeräumt" und "ausgemistet", dann würden "volksfeindliche" Medien verboten und der "Schuldskult" des Holocaust-Gedenkens beendet. Ob ein Alexander Gauland das Recht einfordert, "stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen" (S. 159) oder der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Dresdner Richter Jens Maier Verständnis für den norwegischen Massenmörder Anders Breivik bekundet, habe dieser doch seine Tat "aus Verzweiflung" über die Einwanderung von "Kulturfremden" begangen, belegt, daß das Bekenntnis zu rechtsradikalen Auffassungen aller Art in der AfD längst salonfähig geworden ist.

Auch Frauke Petry wußte mit Schlagworten wie "One World Kapitalismus" und "One World Multikulturalismus" (S. 143), so auf dem Treffen europäischer Rechtsparteien in Koblenz im Januar 2017, zu begeistern. Nicht der Kapitalismus als solcher ist das Problem, sondern seine globalisierte Entuferung, lautet ein typisches Glaubensbekenntnis, mit dem AfD-PolitikerInnen den Eindruck erwecken, die soziale Frage von unten zu stellen, während sie das Bündnis mit dem nationalen Kapital suchen und "den Kampf gegen 'die Verteilung unseres Volksvermögens von innen nach außen, also vom Inland ins Ausland'" (S. 110), so Björn Höcke, propagieren.

Dem zentralen Feindbild des "Multikulturalismus", der ideologischen Achse aller fremdenfeindlichen und antimuslimischen

Ausfälle der AfD, ist der rechte Gegenentwurf des Ethnopluralismus der Völker und Nationen adäquat. Die Unterstellung einer quasi natürlichen Volkszugehörigkeit und ethnisch-kulturell definierter Territorien schließt letztendlich alle Menschen vom Leben in der Bundesrepublik aus, die die dafür angelegten Kriterien blutsverwandter Zugehörigkeit nicht erfüllen. Aus dieser Rekonstruktion klassisch rassistischen Denkens werden Identitätsmerkmale geschöpft, die die Attraktivität des Angebots der AfD für neoliberal atomisierte Marktsubjekte begründen. Daß diese um so williger für Projekte des deutschen Imperialismus einzuspannen sind, der, wie die geschichtsrevisionistischen Ausfälle führender AfD-PolitikerInnen belegen, noch manche offene Rechnung zu begleichen hat, liegt auf der Hand und macht die Gefährlichkeit der Partei wesentlich aus.

Dieser Ansicht ist auch die Autorin, für die der Durchmarsch des rechtsextremen, völkischen Flügels der Partei nicht mehr aufzuhalten sei. Daran dürften auch Differenzen innerhalb der AfD etwa zum Verhältnis der Partei zu Israel wenig ändern. So war die Weigerung der Delegierten, auf dem Kölner Parteitag einem Änderungsantrag zur außenpolitischen Ausrichtung der AfD zuzustimmen, "in dem Israel als 'strategischer Partner der Bundesrepublik Deutschland' anerkannt werden sollte" (S. 154), ein wesentlicher Grund für Franziska Schreiber, die AfD zu verlassen. Auch andere PolitikerInnen rechtsradikaler Parteien in Europa gehen an dieser Stelle nicht mit der AfD konform, wie aus Schreibers Bericht über das Koblenzer

Treffen Anfang 2017 hervorgeht. Dort erlebte sie, wie Geert Wilders und Marine Le Pen Frauke Petry in vertrauter Runde erklärten, daß sie die Partei nicht unterstützen könnten, wenn sie einen antisemitischen Kurs fahre. Aktueller Anlaß dafür war der Eklat um Björn Höcke, der das Berliner Holocaust-Mahnmal wenige Tage zuvor öffentlich als "Denkmal der Schande" (S. 144) bezeichnet hatte.

Auffällig ist, dass im Wahlprogramm der AfD weder von Israel noch von Antisemitismus die Rede ist. Die Aversion der meisten Parteimitglieder gegen muslimische Zuwanderung dokumentiert sich dagegen mehrfach. Wir brachten den Israelantrag in Köln ein, damit die Partei sich eindeutig zu Israel verhalten muss, und sie hat sich verweigert. Das ist ein Beleg dafür, daß der Antisemitismus in der AfD massiv zugenommen hat. Mit dem Austritt von bürgerlichen und liberalen Mitgliedern steigt prozentual die Zahl der Verschwörungstheoretiker. Sie sagen zwar "das Finanzkapital", aber was sie meinen ist: Rothschild, die Juden. (S. 158)

So zeigt sich bei der Lektüre von "Inside AfD", daß sich der kritische Umgang mit dieser in großen Zügen rechtsradikalen bis neofaschistischen Partei nicht darauf beschränken kann, sie als bloßes Sammelbecken eines gedemütigten Kleinbürgertum zu verstehen, das im Grunde genommen nur deshalb als Klientel der Linkspartei ausfällt, weil diese sich nicht mit populistischem Furor der Ängste und Sorgen des prekarierten und bereits ausgegrenzten Fußvolkes des neoliberalen Kapi-

talismus angenommen hätte. Die kulturalistische und islamfeindliche Selbstvergewisserung der christlich-europäischen Abwehrhaltung sind in ihrer Wirkmächtigkeit ebensowenig zu unterschätzen wie die Identitätsangebote einer konservativ-patriarchalen Familien- und Geschlechterideologie als auch eines deutschnationalen Revanchismus, der die Auseinandersetzung mit der rassistischen Vernichtungspolitik des NS-Staates als Hemmschuh für künftige Großmachtambitionen unterdrücken will. Gleiches gilt für die polemische Herabsetzung aller Bestrebungen, die Bewältigung sozialökologischer Probleme als Zukunftsaufgabe internationalistischer und kosmopolitischer Art zu begreifen.

Die im Anschluß an die Veröffentlichung von "Inside AfD" entbrannte Kontroverse um eine zugewandte Beratung der Partei durch den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz [3] hat dem Buch bereits viel Beachtung verschafft. Damit diese nicht wirkungslos verpufft, wäre erforderlich, daß auch bürgerliche Medien über die kurze Aufmerksamkeitsspanne tagesaktueller Ereignisse hinaus mehr Fragen zur AfD stellen als diejenige, ob

sie von Hans-Georg Maaßen gezielt protegiert wurde. Mit der AfD als politischem und gesellschaftlichem Akteur von erheblicher Reichweite und Schlagkraft auch in Kooperation mit rechten Bewegungen wie Pegida und Identitäre, deren Verhältnis zur Partei in dem Buch ausführlich dargestellt und analysiert wird, ist absolut zu rechnen. Wie die massive und aggressive Abwehr des Buches durch die Klientel der AfD in sozialen Netzwerken ahnen läßt, hat Franziska Schreiber einen Treffer gelandet, der Wirkung zeigt.

Anmerkungen:

[1] https://twitter.com/Beatrix_vStorch/status/1024188890603835392

[2] BERICHT/078: Linke Buchtage Berlin - der gleiche Kampf noch immer ... (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbrb0078.html>

[3] REPRESSION/1608: AfD-Überwachung - links vor rechts ... (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1608.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar697.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

THEATER UND TANZ / VERANSTALTUNGEN / KLEINKUNST

Kulturcafé Komm du - September 2018

Eins-A-Comedy
Gags, Geschichten und gute Unterhaltung mit Stand-Up-Comedy
präsentiert von "Charlotte und Ralf" -
Special guest: Alfons, der Reporter mit dem Puschelmikrofon

Samstag, 29. September 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr im Kulturcafé Komm du

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende



Das **Komm du** lädt ein zu einer Stand-Up-Mixed-Show am Samstag, den 29.09.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:



Charlotte & Ralf präsentieren „Eins-A-Comedy“

Stand-Up-Comedy und Artverwandtes mit neuen Talenten aus der „Akademie für Entertainment“ und Gästen

Die Künstler des Abends:

Kristina Bogansky – charmant-direkte Comedienne aus Hamburg / Ghasal Falaki – Neues aus dem hanseatisch-persischen Alltag / Willi Bartels – Weltreisender Rentner im Kampf mit der Welt von heute / Patrick Stempin – blickt über den Tellerrand, um zu sehen, wo er gekleckert hat / Stefan Schenke – witzig, böse, nie billig; Bauchredner aus Leidenschaft / Alfons – der französische Kulturreporter und Geschichtenerzähler. Und einige andere ...

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg:
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

Vi.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

Begegnung und Diskussion, Livemusik, Kleinkunst- und Tanzperformances, Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder, Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten, selbstgemachter Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch



*Das **Komm du** lädt ein zu einer Stand-Up-Mixed-Show am Samstag, den 29.09.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:*

Charlotte und Ralf präsentieren "Eins-A-Comedy" Stand-Up-Comedy und Artver-

wandtes mit neuen Talenten aus der "Akademie für Entertainment" und Gästen

Die Künstler des Abends:

Kristina Bogansky - charmantdirekte Comedienne aus Hamburg

Ghasal Falaki - Neues aus dem hanseatisch-persischen Alltag
Willi Bartels - Weltreisender Rentner im Kampf mit der Welt von heute
Patrick Stempin - blickt über den Tellerrand, um zu sehen, wo er gekleckert hat

Stefan Schenke - witzig, böse, nie billig; Bauchredner aus Leidenschaft

Alfons - der französische Kultreporter und Geschichtenerzähler und einige andere ...

Leute wie Alfons, Harald Schmidt oder den Hamburger Kabarettisten Axel Pätz. Sie sind auch die Gründer der "Akademie für Entertainment" und unterrichten seit einigen Jahren Newcomer

hanseatisch-persischen Alltag // Willi Bartels - Weltreisender Rentner im Kampf mit der Welt von heute // Patrick Stempin - blickt über den Tellerrand, um zu sehen, wo er gekleckert hat // Ste-



V.l.n.r.:

Alfons, Ghasal Falaki, Kristina Bogansky und Willi Bartels

Foto links: © by Guido Werner;

Mitte links: © by Klaus Friese;

Mitte rechts: © by Sergey Sanin;

Rechts: © by Mona Bartels

Die Akademie für Entertainment präsentiert:

Eins-A-Comedy

Die erste Stand-Up-Comedy-Show im "Komm du" - präsentiert von "Charlotte und Ralf"

Eins-A-Comedy heißt: es darf gelacht werden! Mehrere Comediennes und Comedians teilen sich die Bühne und bieten Stand-Up-Comedy in all seinen Facetten. Sie berichten - höchst pointiert und saukomisch - von den großen und kleinen Geschichten aus Alltag, Beruf und Zeitgeschehen, die sie in letzter Zeit beschäftigt haben. Moderiert wird das Ganze von Charlotte Wolff und Ralf Schulze. Sie sind nicht nur professionelle Comedy-Autoren für

der Comedy-Szene. Sie bringen ihnen in Workshops und laufenden Kursen bei, wie man lustige Texte schreibt und diese dann anschließend auf der Bühne am besten präsentiert.

So ist auch die Idee entstanden, den schon etwas erfahreneren von diesen vielversprechenden neuen Talenten aus der Akademie eine eigene Bühne zu bieten. Dort können sie zusammen mit anderen Gästen und alten Comedy-Hasen ihre neuesten Nummern präsentieren. Die Gelegenheit für die Zuschauer, die Stars von morgen heute schon kennenzulernen, bevor diese nur noch auf teuren Stadion-Tourneen zu sehen sein werden.

Für den Samstag, 29.9. hat sich ein besonderer Gast angekündigt: Alfons, der französische Reporter wird das "Komm du" beehren.

Die Künstler des Abends: Kristina Bogansky - charmantdirekte Comedienne aus Hamburg // Ghasal Falaki - Neues aus dem

fan Schenke - witzig, böse, nie billig; Bauchredner aus Leidenschaft // Alfons - der französische Kultreporter und Geschichtenerzähler. Und einige andere ...

Und das Beste: der Eintritt ist frei. Am Ende entscheidet jeder selbst, was ihm der Abend wert war. Der Hut geht rum.



Eins-A-Comedy | Gags, Geschichten und gute Unterhaltung mit Stand-Up-Comedy Am Samstag, den 29.9.2018 präsentieren "Charlotte und Ralf" die erste Stand-Up-Mixed-Show im "Komm du" in Hamburg-Harburg Foto: © by Klaus Friese

Wer übrigens selbst schon in Sachen Comedy oder Kabarett auf

der Bühne steht und bei einer Fortsetzung dieser Mixed-Show auf der Bühne stehen möchte, der kann sich gerne bewerben unter: mail@akademie-fuer-entertainment.de

Mehr Infos unter:

<https://www.akademie-fuer-entertainment.de>

Weitere Informationen:

Charlotte und Ralf - Homepage:
<http://www.charlotteundralf.com>

Alfons - der Reporter mit dem Puschelmikrofon und Geschichten-erzähler
<http://www.alfons-fragt.de/>

Kristina Bogansky - charmant-direkte Comedienne aus Hamburg
<https://www.facebook.com/kristinabogansky/>

Zum Reinhören & Anschauen:

"Charlotte und Ralf" - Auftritt bei Axel Pätz' "KaberettsPÄTZial":
<https://youtu.be/79W0OOZ5DpM>

Alfons fragt "Wer ist fauler, der Franzose oder der Deutsche?"
<https://www.youtube.com/watch?v=vAZLTqUcPho>

Stefan Schenke @ WIE KRASS BIST DU DENN!?! / 26.04.17 im Delphi Showpalast
<https://www.youtube.com/watch?v=FxdVXSXIO6x0>

Comedy: Alfons - Der Reporter mit dem Puschelmikrofon | puzzle | BR Fernsehen
<https://www.youtube.com/watch?v=hBA8mcEnLQc>

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr und
an Eventabenden open end.

Näheres unter:

<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:

Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:

Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du lädt ein:

Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter: Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff

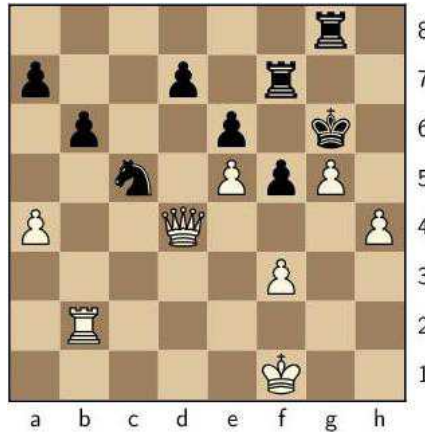
<http://www.schattenblick.de/infopool/theater/veranst/tvkl0848.html>



SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Atomisierung einer Variante

(SB) - Es läßt sich in Worten kaum ausdrücken, wieviel Mühen und selbstquälerische Strapazen Schachspieler auf sich nehmen, um eine bestimmte Variante zu widerlegen oder ihr zu ihrem Recht auf Anerkennung zu verhelfen. Dieser Ehrgeiz läßt sich mit Vernunft nicht erklären. Sinnvoller wäre es vielmehr, die viele Zeit in eine umfassendere Eröffnungsanalyse oder Mittelspielstrategie zu stecken. Denn der Nutzen einer analytischen Atomisierung einer speziellen Variante ist begrenzt und läßt sich oft nur auf eine einzige Partie anwenden. Nach dem Erfolg im Turnier wird das bis dahin eifersüchtig gehütete Geheimnis Allgemeingut. Es läßt sich ja kein Patent darauf erheben, und wozu auch? Der Überraschungseffekt ist dahin, und sollte die Tiefenanalyse wirklich stichhaltig sein, wird die Variante in dieser Form und Ausgestaltung ohnehin nicht wieder auftauchen. Wieviele Stunden sind darüber verfließen, nur um einen kleinen Ausschnitt einer einzelnen Eröffnung ins Riesenhafte zu dimensionieren? Und doch ist dieser



Pelletier - Gerber
Villars-sur Ollon 1995

Typus von Schachspieler wie von einem Zwange besessen und wird sich über kurz oder lang eine andere Variante wählen, die er dann bis aufs Skelett erforschen kann. Er ist wie ein Miniaturmaler, der zwar mit Respekt auf die Baumeister der Kathedralen schaut, für sich allerdings im kleinen nach den Gesetzen der inneren Dynamik der Schachkunst forscht. Im heutigen Rätsel der Sphinx kommt noch ein weiterer Spielertypus zu Worte, der mit Vorliebe das Detail untersucht, nämlich der Analytiker des Endspiels. Auch hier werden

feinste Manöver und Genauigkeit verlangt. Nun, genaugenommen steht das Endspiel erst bevor, und, noch strenger formuliert, verhinderte Weiß sogar, daß sich die Partie in die Länge zog und zu einer echten Endspiel-Gedankenquälerei wurde, Wanderer.

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Was schleicht er da herum, der Papierpapier mit den dünnen Barthaaren? War 1.Lf4-e5 etwa ein Angriffszug? Er war wohl als solcher geplant, aber Kramnik ließ sich nicht täuschen: 1...Se7xf5! 2.e4xf5 Lb7xg2 3.Kg1xg2 - 3.Tf2xg2 Td8-c8 4.Tg2-f2 Da2-d5 5.Sd2-f3 Tc8-c2 - 3...Da2- d5+ 4.Sd2-f3 Te8xe5! 5.Dg3xe5 Dd5xe5 6.Sf3xe5 - wo ist er hin, der weiße Sturmwind? - 6...d3-d2 7.Tf2xd2 - traurige Notwendigkeit - 7...Td8xd2+ 8.Kg2-f3 und Weiß gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06649.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

EUROPOOL - REPORT	Dublin - Statement mit Folgen ... Raymond Deane im Gespräch	Seite 1
POLITIK - WIRTSCHAFT	Die Gemeinwohl-Ökonomie - eine Alternative zum Neoliberalismus (Pressenza)	Seite 7
BUCH - SACHBUCH	Franziska Schreiber - Inside AfD	Seite 10
VERANSTALTUNGEN	"Eins-A-Comedy"-Show präsentiert von "Charlotte und Ralf" - Special Guest: Alfons	Seite 14
SCHACH-SPHINX	Atomisierung einer Variante	Seite 17
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 10. August 2018	Seite 18

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. August 2018

+++ Vorhersage für den 10.08.2018 bis zum 11.08.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Abgekühlt auf zwanzig Grad,
wechselhaft, Gewitterschauer,
schmeckt die Luft im Garten fad'
und Jean sucht den Teich auf Dauer.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.